

Resolution

der Vollversammlung der AGABY

Keine Abschiebung von Schutzsuchenden nach Afghanistan und in andere unsichere Herkunftsländer!

**Die Bundesregierung hat ein großes Abschiebe-Programm angekündigt.
Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern:
Keine Abschiebung in menschenunwürdige Lebensumstände und in Lebensgefahr!**

Die Abschiebungen nach Afghanistan oder in andere unsichere Länder bedeuten für die Betroffenen eine Rückführung in die Perspektivlosigkeit, in menschenunwürdige Umstände oder gar Lebensgefahr. Gerade am Beispiel von Afghanistan zeigt sich, wie fragwürdig diese Abschiebep Praxis ist. Bei Abschiebungen aufgrund der Dublin-3-Verordnung sitzen die Geflüchteten häufig in europäischen Ländern fest, die mit ihrer Aufnahme überfordert sind oder deren Regierungen fremdenfeindliche Positionen vertreten und in denen die Geflüchteten unter inakzeptablen Bedingungen leben müssen.

Die Abschiebungen finden in Länder statt, die von der Bundesregierung als sicher oder zumindest in Teilen sicher eingestuft werden. Diese Betitelung als „sicheres Herkunftsland“ erhöht im Asylverfahren die Gefahr von schnellen und falschen Entscheidungen. Zudem wird das Recht der Geflüchteten auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren und die individuelle Prüfung der Fluchtgründe beschnitten.

Trotz einer Anerkennungsquote von 50% wird die Bleibeperspektive von afghanischen Flüchtlingen als gering eingeschätzt. Die angebliche geringe Bleibeperspektive hat u.a. zur Folge, dass die Betroffenen von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Am Beispiel Afghanistan können wir sehen, wie zweifelhaft und willkürlich die Einteilung der Geflüchteten nach Bleibeperspektive sein kann, wenn sie innenpolitisch motiviert ist.

Der aktuelle Bericht der Vereinten Nationen zeigt deutlich, dass die Zahl der Toten und Verletzten in Afghanistan im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen ist. Im Jahr 2016 wurden 11.418 zivile Opfer der Kampfhandlungen registriert. Die Zahl der innerhalb Afghanistans Vertriebenen ist im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 66% gestiegen. 636.500 Menschen mussten fliehen. In den letzten Monaten hat sich die Sicherheitslage weiter drastisch verschlechtert.

Zahlreiche Flüchtlingsorganisationen, Expert_innen und auch die AGABY haben vor Abschiebungen nach Afghanistan gewarnt. Die Bundesregierung hat dennoch im Oktober letzten Jahres mit der afghanischen Regierung ein Rückübernahme-Abkommen geschlossen. Die afghanische Regierung wurde de facto zur Rücknahme von Flüchtlingen gezwungen: Ihr wurden finanzielle Anreize angeboten und gleichzeitig wurde damit gedroht, dass andernfalls die Hilfsgelder gekürzt würden. Das ist verantwortungslos und das Gegenteil von der Bekämpfung der Fluchtursachen.

Nach Abschluss des Abkommens forderte das Bundesinnenministerium die Bundesländer auf, abgelehnte Asylbewerber_innen konsequent abzuschicken. Im Dezember fand die erste Sammelabschiebung nach Afghanistan statt.

Seitdem wurden zahlreiche zum Teil gut integrierte und sogar gesellschaftlich engagierte afghanische Geflüchtete in eine ungewisse Zukunft, wenn nicht sogar in tödliche Gefahr geschickt.

Um die Geflüchteten ohne öffentliche Empörung abschieben zu können, wird behauptet, bei den Abzuschiebenden würde es sich um Straftäter handeln. Das ist eine falsche Behauptung und stellt die Geflüchteten unter Generalverdacht. Solche Argumentationen halten wir für menschenverachtend und rassistisch.

Die Abschiebung von jungen Menschen nach Afghanistan stellt in vielen Fällen eine ganz besondere Härte dar. Zu den Betroffenen gehören junge Menschen, die im Herkunftsland keine Angehörigen mehr haben oder sogar noch nie in Afghanistan gewesen sind.

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, dem Beispiel von Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zu folgen und die Abschiebungen nach Afghanistan sofort zu stoppen. Weiterhin fordern wir die Einstellung der Abschiebungen in andere unsichere Herkunftsländer. Schiebt die Bayerische Staatsregierung weiterhin nach Afghanistan und andere unsichere Herkunftsländer ab, ist sie mitverantwortlich für den Tod und die Verletzung von Abgeschobenen.

Wir fordern für die Geflüchteten aus Afghanistan und aus anderen unsicheren Herkunftsländern den Schutz durch Asyl. Weiter fordern wir, den Geflüchteten Zugang zu den Integrations- und Sprachkursen, zu Bildung, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt zu gewähren.

Erlangen, den 2. April 2017